

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 11.08.2017

Fahrt- und Unterbringungskosten für Auszubildende im Dualen System, deren Beschulung in Landes- oder Bundesfachklassen erfolgt, übernehmen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die duale Ausbildung ist eine echte Erfolgsgeschichte des deutschen Bildungssystems. Dennoch steht insbesondere das Handwerk bei der Nachwuchsgewinnung vor großen Herausforderungen. Der Trend zur akademischen Ausbildung ist ungebrochen und geht auch zulasten einer Berufsausbildung im Dualen System.

Der Rückgang der Bewerberzahlen hat daher direkte Auswirkungen auf die Anzahl und die Standorte der Berufsbildenden Schulen. Eine wohnortnahe Beschulung ist nicht immer möglich. Auszubildende müssen in bestimmten Berufen lange Anfahrtswege und teils eine auswärtige Übernachtung in Kauf nehmen, wenn die Beschulung in Landes- oder Bundesfachklassen erfolgt.

Die Auszubildenden haben nach geltender Rechtslage die Kosten für diese Fahrten und die auswärtige Unterbringung selbst zu tragen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der dualen Ausbildung die Landesregierung auf, die wohnortnahe Beschulung zu ermöglichen und dort, wo dies nicht realisierbar ist,

1. Regelungen zu schaffen, mit denen das Land den Auszubildenden im Dualen System die Fahrt- und Unterbringungskosten erstatten, mindestens jedoch angemessen bezuschussen kann, und
2. hierfür die haushalterischen Voraussetzungen zu schaffen.

Begründung

Immer häufiger werden Berufsschulklassen wegen zu geringer Schülerzahlen auf einige wenige Standorte innerhalb Niedersachsens zusammengelegt. Das bedeutet für die Auszubildenden im Dualen System erheblichen zusätzlichen Kosten, da sie an den Unterrichtstagen aufgrund der weiten Entfernungen mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln fahren und auch häufig übernachten müssen. Viele Betriebe berichten, dass diese Tatsache bei vielen Bewerbern die Entscheidung für den Ausbildungsberuf negativ beeinflusst mit der Folge, dass die Ausbildungsstellen immer öfter unbesetzt bleiben.

Die Übernahme der Fahrt- und Unterbringungskosten würde die Ungleichbehandlung gegenüber den Berufsschülern beenden, die ortsnahe beschult werden.

Björn Thümmler
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 16.08.2017)